

## Medienmitteilung

Bern, 8. Mai 2015

### Keine neuen Steuern zu Lasten der Wirtschaft

**Vor dem Hintergrund des starken Frankens dürfen die Unternehmungen nicht fahrlässig mit neuen Steuern belastet werden. Die neue Billag-Mediensteuer belastet die Unternehmen mit jährlich 200 Millionen Franken. Die Erbschaftssteuer-Initiative gefährdet Nachfolgeregelungen und Arbeitsplätze in der KMU-Wirtschaft.**

Mit der Revision des Radio- und Fernsehgesetzes RTVG wollen Bundesrat und SRG eine neue Billag-Mediensteuer einführen. Neu sollen alle zahlen, selbst wer die Programme gar nicht nutzen kann. Dies ist nebst privaten Haushalten auch bei sehr vielen Unternehmen der Fall. Trotzdem soll die Wirtschaft jährlich mit 200 Millionen Franken belastet werden, fünf Mal mehr als heute. Jeder Einzelunternehmer, jede Unternehmerfamilie wird künftig unabhängig vom Medienkonsum zur Kasse gebeten. Befreit wird niemand. Machen sie im Betrieb einen Umsatz von mehr als 500'000 werden sie vielmehr gleich doppelt abkassiert, mit bis zu 39'000 Franken pro Jahr.

Mit der Erbschaftssteuer-Initiative werden viele KMU in der Existenz bedroht. Just im heiklen Moment der Nachfolgeregelung würde den Unternehmen massiv Liquidität entzogen, die für die erfolgreiche Weiterführung der Unternehmen und den Erhalt der Arbeitsplätze fehlt.

Für die Schweizer KMU sind diese beiden neuen Steuern eine grosse Bedrohung. Ein Nein am 14. Juni zur neuen Billag-Mediensteuer (Revision des RTVG) und ein Nein zur Erbschaftssteuer-Initiative sind für die Schweizer KMU sehr wichtig. Der sgv wird sich weiterhin mit vollem Engagement für eine Ablehnung an der Urne einsetzen.

### Weitere Auskünfte

**Hans-Ulrich Bigler**, Direktor, Tel. 031 380 14 14, Mobile 079 285 47 09

**Dieter Kläy**, Ressortleiter, Tel. 031 380 14 14, Mobile 079 207 63 22

**Die Nummer 1:** Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der sgv 250 Verbände und gegen 300 000 Unternehmen.